

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1987 – März

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Für den Leser von Wirtschaftspresse und Konjunkturprognosen haben sich die wirtschaftlichen Aussichten im Januar innerhalb von wenigen Wochen geradezu dramatisch verschlechtert. Während die meisten Prognosen bis etwa Mitte Januar noch von Optimismus strotzten, skeptische Äußerungen marxistischer oder gewerkschaftlich orientierter Konjunkturforscher als Schwarzmalerei abgetan wurden, hagelte es im Februar geradezu düstere Zukunftsbilder. Selbst notorische Schönfärber wie das Bundeswirtschaftsministerium oder die Deutsche Bundesbank entdeckten wenige Tage nach der Bundestagswahl auf einmal, daß die Wirtschaftsdaten auf eine deutliche Konjunkturabschwächung hindeuten.

Für die angeblich unabhängige Bundesbank (deren Prognosen man eine gewisse Seriosität zuzuschreiben pflegt) ist der Zusammenhang klar: Bundesbankpräsident Pöhl und die weiteren Mitglieder des Bundesbankrats werden von der Bundesregierung ernannt. Hätte die Bundesbank seit dem Herbst auf die sich verschlechternden Wirtschaftsdaten hingewiesen, dann hätte dies die Wahlstrategie von CDU und FDP ernsthaft beeinträchtigt: Die Rechtsregierung konnte nur im Zeichen einer günstigen Konjunktur siegen. Als die realen Daten anzeigten, daß ein Ende des „Aufschwungs“ in Sicht war, mußten diese Tatsachen hinweggelogen werden.

Erforderte die Wiederwahl von Kohl und Bangemann einen strahlenden Konjunkturoptimismus, so gilt für die Vorbereitung der wichtigen Tarifrunden im Frühjahr das Gegenteil. Nun ist die Wirtschaftspresse, sind die unternehmerfreundlichen Wirtschaftsforscher auf einmal geneigt, die Konjunktur „auf der Kippe“ zu sehen. Der Beobachter konnte sich davon überzeugen, in welchem Maße die gesamte „Wirtschaft“ mit der dazugehörigen „Wissenschaft“ tagespolitischen Signalen folgt.

Tatsächlich hat sich die Konjunktur in der BRD schon seit Mitte 1986 stark abgekühlt, die Industrieproduktion stagniert, die Aufträge sind rückläufig. Zwar hat der Private Verbrauch stark zugenommen, gleichzeitig aber ist der Exportboom der letzten Jahre an Schranken gestoßen. Dies hat die Investitionen stark in Mitlei-

denschaft gezogen. Der Export hat vor allem unter der Abkühlung der Konjunktur in den wichtigen kapitalistischen Ländern gelitten. Hinzu kam die Aufwertung der DM besonders gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber den Währungen der europäischen Handelspartner.

Entscheidende Konjunkturstützen kamen aber trotz der Exportabschwächung auch 1986 aus dem Ausland: Der Verfall der Ölpreise, der für die BRD durch den Verfall des Dollarkurses noch verstärkt wurde, hat die internationalen Austauschverhältnisse der Bundesrepublik erheblich verbessert. Die Verbilligung der Importe um fast zwanzig Prozent gegenüber dem Vorjahr hat sowohl – durch die Stabilisierung der Verbraucherpreise – die Kaufkraft der Arbeitseinkommen kräftig erhöht als auch gleichzeitig die Unternehmergewinne nochmals stimuliert. Es kam infolgedessen trotz der deutlichen Realloohnerhöhung um mehr als vier Prozent zu einer weiteren Umverteilung zugunsten der Gewinne.

Die Lohnkosten sind so auf ein Niveau gesunken, wie es zuletzt im Jahre 1960 verzeichnet worden war. Dies müßte nun eigentlich die „Angebots-theoretiker“ unter den Konjunkturforschern – und dazu gehört nahezu die gesamte herrschende Lehre – zu optimistischen Erwartungen veranlassen. Schließlich gab es zwei Haupterklärungsstränge für die Krisen der 70er und 80er Jahre: zu hohe Lohnkosten und die Ölpreise. Beide „Fehlentwicklungen“ wurden korrigiert – trotzdem bleibt die Konjunktur schwach, muß gar mit einer neuen Krise gerechnet werden.

Die Konjunkturprognosen für 1987 haben in den letzten Wochen sämtlich auf „Moll“ geschaltet. Tatsächlich ist zu befürchten, daß der Rückgang der Exporte negativ auf die Investitionen zurückschlägt. Stabilisiert wird die Konjunktur noch bis zur Jahresmitte durch die Kaufkrafteffekte des letzten Jahres, die dann jedoch an Wirksamkeit einbüßen werden. Da der Private Verbrauch bis Ende 1985 schwach geblieben war, sind die Konsumgüterindustrien durch den Konsumboom bislang nicht zu zusätzlichen Investitionen veranlaßt worden. Durch eine Fortsetzung des expansiven Trends beim Konsum und durch eine deutliche Steigerung der öffentlichen Inve-

stitutionen könnte der schwache Aufwärtstrend der Konjunktur sicher über die Jahresmitte hinaus gestützt werden. Dies würde allerdings hohe Tarifabschlüsse und eine expansive, sozialorientierte Haushaltspolitik voraussetzen.

Für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt hängt viel vom Ausgang der Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung ab. Ohne einen großen Schritt in Richtung 35 Stunden kommt es nämlich schon bald wieder zu ansteigenden Arbeitslosenziffern. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hatte in einer Prognose festgestellt, daß schon bei einem Wirtschaftswachstum von real zwei Prozent im Jahresdurchschnitt die Zahlen 1987 wieder leicht ansteigen würden. Inzwischen liegen die Wachstumserwartungen für 1987 unter zwei Prozent.

Nur eine Kombination von wachstumsstützenden Lohnerhöhungen und beschäftigungswirksamen (d. h. nicht flexibilisierten) Arbeitszeitverkürzungen wird diesem neuen Abwärtstrend begegnen können.

INHALT

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Wichtige Industriebranchen
- 1.5 Automobilindustrie
- 1.6 Investitionen
- 1.7 Außenwirtschaft und Dollarkurs

2. Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3. Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Einkommensverteilung
- 3.4 Tarifrunde '87
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

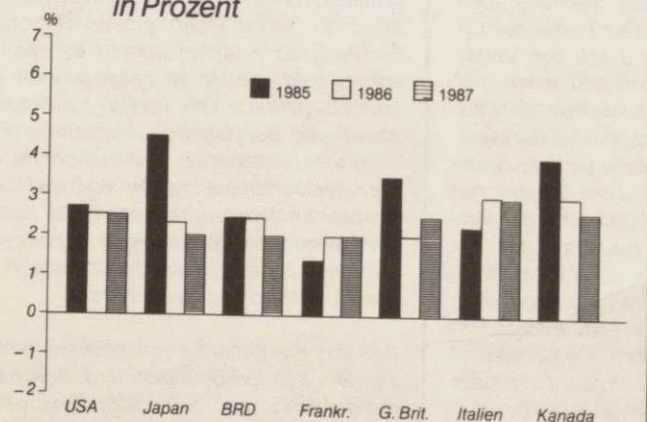
1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Nach dem Preisverfall des Erdöls Anfang 1986 herrschte in bürgerlichen Kreisen eine euphorische Stimmung über die Perspektiven der kapitalistischen Weltwirtschaft; ein Jahr später redet niemand mehr von einer neuen Wirtschaftswunderwelt. Günstig wirkte und wirkt er sich auf das Preisniveau und im allgemeinen auf die Handels- und Leistungsbilanz vor allem der entwickelten kapitalistischen Länder, aber auch einiger Entwicklungsländer aus. Was dagegen das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosigkeit angeht, sehen die Bilanz für das Jahr 1986 und die Perspektiven für 1987 sehr dürrig aus.

Im Grunde genommen wollen die Apologeten des Kapitalismus nicht zugeben, daß die Stagnationstendenzen der 70er und 80er Jahre nicht auf die Entwicklung des Erdölpreises zurückzuführen sind. Im Durchschnitt bewegt sich die reale Zuwachsrates des Brutto- sozialproduktes der entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt um 2,5 Prozent jährlich, sowohl im Zeitraum der sprunghaften Erhöhung des Erdölpreises zwischen 1973 und 1981 (34 Prozent jährlich) als auch in den Jahren des mäßigen Rückgangs 1982–1985 (7 Prozent jährlich) und in den Jahren des regelrechten Verfalls 1986–1987 (27 Prozent jährlich).

Reales Brutto- sozialprodukt 1984–1986

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



Wie aus der Abbildung hervorgeht, zeigen die sieben größten kapitalistischen Länder 1986 eine ähnliche Entwicklung des Brutto- sozialproduktes mit realen Zuwachsraten zwischen 2 und 3 Prozent. Für 1987 wird mit einer Fortsetzung dieser Tendenz gerechnet; inzwischen mehren sich die Stimmen, die sogar eine weltweite Rezession für das Jahresende voraussagen. Die Bruttoanlagen- und insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im Vorjahr in den USA, in Japan, Großbritannien, Italien und Kanada deutlich abgeschwächt; für das laufende Jahr wird nur für die Bundesrepublik, Frankreich und Italien eine hohe Realkapitalbildung prognostiziert.

Veränderung der Industrieproduktion 1985–1986 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1985	1986 ¹				
		Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ²
USA	2,0	1,0	1,5	1,7	0,9	1,0
Japan	4,5	-0,5	1,4	-0,6	-1,4	-1,5
BRD	5,4	2,0	2,9	2,9	0,9	1,0
Frankreich	0,0	1,0	1,0	1,1	1,0	1,2
Großbritannien	4,8	1,5	2,3	-0,2	2,0	1,5
Italien	1,4	3,0	2,3	3,4	-0,2	4,0
Kanada	4,3	3,0	4,7	3,7	2,5	2,0

¹ Saisonbereinigte Angaben
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Deutlicher sind die Stagnationstendenzen bei der Industrieproduktion: Abgesehen von den üblichen Schwankungen der Vierteljah-

resangaben, bewegt sich das industrielle Angebot in fast allen 7 Ländern sehr langsam nach oben; Japan zeigt seit dem zweiten Quartal 1986 sogar eine negative Entwicklung. Nur in Italien war im letzten Vierteljahr eine starke Zunahme zu verzeichnen. Das Abflachen der Inflation in den entwickelten kapitalistischen Ländern wird merklich vom Verlauf der Notierungen für Primärprodukte auf dem Weltmarkt unterstützt, so daß die Verbraucherpreise Zuwachsraten aufweisen, wie sie zuletzt in den 60er Jahren registriert wurden; bei einigen Ländern wurden sogar Preisrückgänge ausgewiesen. Der Rückgang der Rohstoffpreise hatte zur Folge, daß sich die „Terms of Trade“ (Internationale Austauschverhältnisse) drastisch zugunsten der entwickelten kapitalistischen Länder und zuungunsten der OPEC-Länder und der Entwicklungsländer veränderten. Die Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute sieht 1987 für nichtenergetische Rohstoffe eine leichte Zunahme um 2 Prozent und für das Erdöl eine fast gleichwertige Abnahme um 3 Prozent voraus.

Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1985–1986 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1985	1986				
		Jahr ¹	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ¹
USA	3,5	1,7	2,9	1,2	1,3	1,3
Japan	2,0	0,6	1,6	1,0	0,3	-0,3
BRD	2,2	-0,2	0,7	-0,2	-0,4	-1,1
Frankreich	6,0	2,5	3,5	2,4	2,1	2,0
Großbritannien	6,3	3,2	4,9	2,6	2,3	3,0
Italien	8,6	6,1	7,6	6,4	5,9	4,5
Kanada	4,0	4,2	4,2	3,9	4,2	4,4

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Lebenshaltungskosten in den OECD-Ländern insgesamt dürften um 3 Prozent steigen, mit einer Rate, die etwa ebenso hoch wie im Jahre 1986 ist; die Tabelle zeigt, daß im Vorjahr auch die „inflationären“ Länder (Frankreich, Großbritannien und Italien) deutliche Stabilitätsfortschritte gemacht haben.

Insgesamt bleibt die Arbeitsmarktlage in den entwickelten kapitalistischen Ländern bedrückend: Die OECD prognostiziert ein Fortdauern der Arbeitslosigkeit selbst ohne rezessive Tendenzen bis 1988 auf dem Niveau von 31,5 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent entspricht. Beim gegenwärtigen Wirtschaftszyklus liegt die Arbeitslosenquote viel höher als im vorangegangenen Zyklus: In den vier größten westeuropäischen Ländern ist sie um 4–5 Prozentpunkte höher. Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit in den USA zum Stillstand gekommen, während in den anderen Ländern die Zahl der Arbeitslosen 1986 gegenüber 1985 noch gestiegen ist, so daß es nach vier Jahren Wirtschaftsaufschwung mit 23,4 Millionen genau so viele Arbeitslose wie im Rezessionsjahr 1982 gibt.

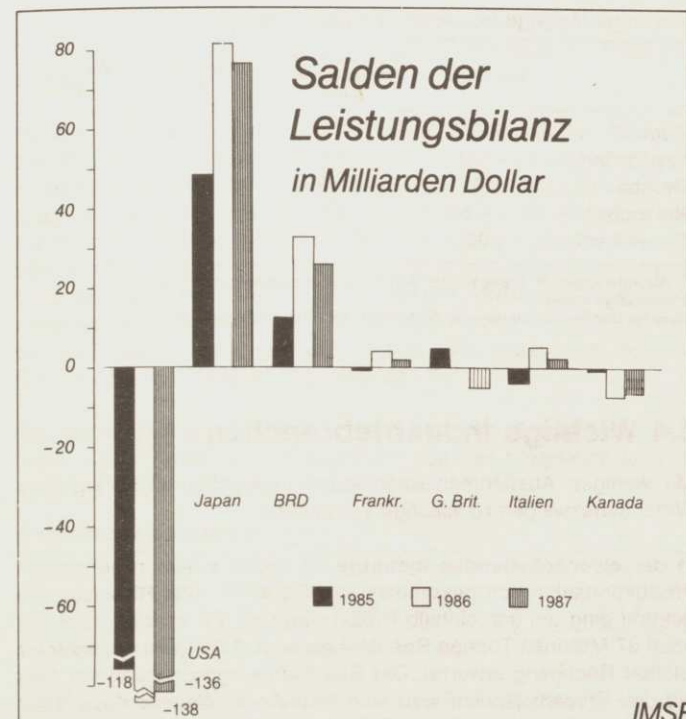
Arbeitslosigkeit 1983–1986 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1983	1984	1985 ¹		1986 ¹	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ²
USA	10717	8531	8421	8210	8353	8200
Japan	3100	3250	3000	3200	3250	3500
BRD	2258	2266	2317	2295	2262	2200
Frankreich	2041	2305	2413	2378	2481	2550
Großbritannien	2970	3056	3157	3177	3190	3200
Italien	2278	2451	2401	2542	2662	2550
Kanada	1448	1410	1368	1295	1244	1200
Zusammen	24812	23269	23077	23097	23442	23400

¹ Saisonbereinigte Angaben
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Wie schon erwähnt, wirkte sich der Verfall des Erdölpreises sehr günstig auf die Handelsbilanz der meisten entwickelten kapitalistischen Länder aus: Zwischen 1985 und 1986 verbesserte sich die

Leistungsbilanz der OECD-Länder insgesamt um fast 40 Milliarden Dollar.



Doch bleibt die außenwirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer angespannt: In den 80er Jahren lösten einige Grundtendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft negative Erscheinungen auf die Handelsströme der Entwicklungsländer aus. Das niedrige Wirtschaftswachstum und die protektionistischen Auswüchse in den entwickelten kapitalistischen Ländern bremsen die Ausfuhr der Entwicklungsländer: Zwischen 1980 und 1986 wuchsen die Exporte dieser Länder wertmäßig um 4,8 Prozent im Jahresdurchschnitt. Die enorm gestiegene Auslandsverschuldung zwang die Entwicklungsländer dazu, das Wachstumstempo der für die Wirtschaftsentwicklung nötigen Einfuhr zu drosseln: Im gleichen Zeitraum stiegen die Importe um nur 1,8 Prozent jährlich. Die Verschlechterung der Austauschverhältnisse trug dazu bei, daß immer mehr Ausfuhrerlöse notwendig waren, um die Einfuhr zu bezahlen und die Schuldendienste abzutragen.

Die Abbildung zeigt, daß innerhalb der größten kapitalistischen Länder 1986 wieder Japan und die BRD auf der Gewinnerseite und die USA auf der Verliererseite standen, während sich bei den anderen vier Ländern Verbesserungen und Verschlechterungen in Grenzen hielten.

Die andauernde Verschlechterung der Leistungsbilanz der USA wirkte sich auf die gesamte außenwirtschaftliche Position dieses Landes so aus, daß die USA innerhalb von zwei Jahren Schuldnerland geworden sind. Zwischen Ende 1984 und Ende 1986 wandelte sich die Nettoauslandsposition der USA von einem Aktivsaldo von 107 Milliarden Dollar zu einem Passivsaldo von etwa 250 Milliarden. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden mit einer neuen Erscheinung konfrontiert: Zum ersten Mal in der Geschichte der Weltwirtschaft ist das Land mit der Leitreservewährung auch ein Nettoschuldner geworden.

1.2 Sozialprodukt

Als zentraler Indikator der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gilt das Brutto- sozialprodukt (BSP) eines Landes, die Gesamtheit der in einem Jahr erzeugten Güter und Leistungen. Die Berechnungsprobleme dieser statistischen Kategorie sind vielfältig, vor allem besagt ein Anstieg noch nicht unbedingt etwas über den Wohlstand einer Gesellschaft: Die „Dienstleistungen“ von Soldaten erhöhen das BSP ebenso wie die Arbeit von Industriearbeitern, eine Zunahme der Verkehrsunfälle schlägt sich ebenfalls positiv in der Wachstumsrate des BSP nieder. Trotzdem ist die Entwicklung des BSP

ein wichtiger Anhaltspunkt für die wirtschaftliche Aktivität eines Landes.

Im Jahr 1986 ist das reale BSP, bereinigt um Preisveränderungen, um etwa zweieinhalb Prozent angestiegen, ähnlich stark wie im Vorjahr.

Brutto- sozialprodukt 1986

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	in % ¹	In Preisen von 1980 Mrd. DM	in % ¹
Brutto- sozialprodukt	1951	+5,6	1620	+2,5
Privater Verbrauch	1079	+3,6	902	+4,1
Staatsverbrauch	383	+4,7	323	+2,5
Anlageinvestitionen	375	+4,4	323	+3,1
Ausfuhr ²	634	-2,1	542	-0,6

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Waren und Dienstleistungen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1987, S. 10)

Dabei haben sich aber markante Verschiebungen bei den Triebkräften des wirtschaftlichen Wachstums auf der Verwendungsseite, d. h. bei der Nachfrage ergeben. Wie die Tabelle zeigt, ist es zu einer Kräftigung der Privaten Nachfrage gekommen, bei einer Abschwächung im Export.

Die Prognosen der verschiedenen Institute von Anfang 1986 haben sämtlich kräftig danebengelegt. Sie haben nicht nur das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums überschätzt, sondern sich auch bei den großen Endnachfrageblöcken grob geirrt: Vor allem die Exporte sind überschätzt worden, aber auch die Dynamik der Investitionsentwicklung ist schwächer gewesen als ursprünglich erwartet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Prognosen am Jahresanfang 1986, nach dem Verfall der Ölpreise, nachträglich nochmals um mindestens ein halbes Prozent nach oben korrigiert worden waren.

Prognosen und Realität¹

	Realität 1986	SVR ²	Prognosen für 1986 BR ³	DIW ⁴	WSI ⁵	SVR	Prognosen für 1987 BR	DIW	WSI
BSP	+2,5	+3,0	+3,0	+3,0	+3,0	+2,5	+2,5	+1,5	+2,0
Privater Verbrauch	+4,1	+3,0	+3,5	+3,5	+2,5	+3,0	+3,5	+3,0	+3,0
Staatsverbrauch	+2,5	+2,0	+2,0	+1,5	+1,5	+2,0	+2,5	+2,0	+2,0
Investitionen	+3,1	+4,5	+5,5	+4,5	+5,5	+5,5	+4,0	+3,5	+4,5
Ausfuhr	-0,6	+4,5	+3,5	+4,5	+5,5	+1,5	+1,5	0	+2,5

¹ Reale Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
² Sachverständigenrat
³ Bundesregierung
⁴ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
⁵ Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Gewerkschaften
(Quelle: Institutsveröffentlichungen)

Inzwischen sind die Erwartungen für 1987 allgemein düsterer geworden, was sicher auch mit dem Wahltermin vom 25. Januar zusammenhängt: Bis dahin waren die konservativen Konjunkturforscher bemüht gewesen, die Wahlpropaganda der CDU/FDP nicht durch trübe Prognosen zu stören.

1.3 Produktion

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe, also dem Kernbereich der materiellen Produktion, hat sich 1986 nur noch langsam erhöht.

Produktion im Produzierenden Gewerbe¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
	-0,1	-2,0	-3,0	+0,6	+3,4	+4,0	+1,9

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Für den Gesamtzyklus 1980 bis 1986 errechnet sich noch ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 0,7 Prozent, gegenüber 1,5 Prozent zwischen 1974 und 1979.

Seit der Jahresmitte überwiegen sogar wieder leicht rezessive Tendenzen, so hat die Erzeugung im Bereich der materiellen Güterpro-

duktion (einbezogen sind Bauwirtschaft, Bergbau, Energiewirtschaft und Verarbeitende Industrie) seit Mitte 1985 nur noch minimal zugenommen. Der Index der Produktion (1980 = 100) lag im ersten Quartal 1986, also dem Produktionshöhepunkt vor der letzten zyklischen Krise, mit 103 nur um knapp drei Prozent unter dem Stand vom letzten Quartal 1986. Der gesamte Konjunkturzyklus hat also im Bereich der Güterproduktion nur eine minimale Erweiterung der Erzeugung mit sich gebracht.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

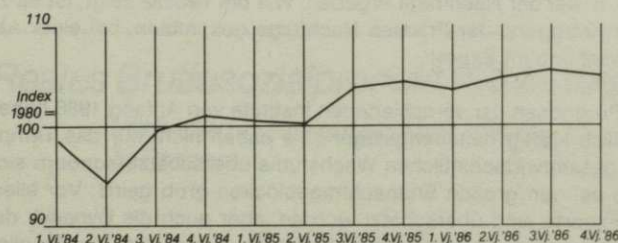
1984				1985			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
98,6	94,5	99,9	101,3	100,3	101,8	103,9	105,2

1 Index 1980 = 100

2 Vorläufig

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



Die Produktionsziffern des Vorjahres konnten in den letzten Monaten kaum mehr übertroffen werden.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	August	September	Oktober	November	Dezember ²
Insgesamt	-0,9	+4,1	+0,1	+0,5	+3,3
Grundstoffe und Produktionsgüter	-4,3	+0,2	-1,8	-1,5	+2,0
Investitionsgüter	+2,0	+5,9	+0,8	-0,1	+3,2
Verbrauchsgüter	-3,0	+5,9	+2,5	+3,0	+6,6

1 1986 in % gegenüber dem Vorjahr

2 Vorläufig

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Deutlich höher als im Vorjahr liegt die industrielle Produktion nur in den Verbrauchsgüterbereichen. Hier sind die Produktionspläne für die nächste Zeit noch aufwärts gerichtet, während in den Bereichen des Investitionsgütergewerbes mit einem Rückgang der Erzeugung gerechnet werden muß.

Ähnlich wie die industrielle Produktion sind auch die industriellen Auftragseingänge seit Mitte des vergangenen Jahres nach unten gerichtet.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1984				1985				1986			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
102	99	105	105	107	108	110	109	108	109	109	105

1 Volumen, Index 1980 = 100

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Besonders beunruhigend an dieser Entwicklung ist, daß die Inlandsaufträge, insbesondere die inländischen Investitionsbestellungen, stark abgefallen sind. Dagegen hat sich die Auftragsentwicklung aus dem Ausland ebenfalls weiter abgeschwächt, aber nicht so kräftig wie die Inlandsbestellungen. Die Hoffnung, der Ausfall im Export könnte durch vermehrte inländische Nachfrage ausgeglichen werden, hat sich bislang nicht erfüllt.

Betrachtet man die Auftragsziffern im Jahresvergleich, so ist das Niveau im letzten Vierteljahr 1986 sogar unter den Vorjahresstand

gesunken. Eine Ausnahme machen dabei lediglich die Verbrauchsgüterindustrien.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	-3,7	-7,9	-2,5	-0,3
September	+1,9	-3,9	+2,8	+8,2
Oktober	-3,1	-8,8	-2,6	+3,9
November	-5,5	-8,7	-5,4	0,0
Dezember ²	+0,2	-3,7	+0,5	+6,6

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

1.4 Wichtige Industriebranchen

Mit wenigen Ausnahmen überwiegen inzwischen in den großen Wirtschaftszweigen rückläufige Tendenzen.

In der **eisenschaffenden Industrie** ist es zu einem regelrechten Produktionseinbruch gekommen, die Rohstahl- und Roheisenproduktion ging um achteinhalb Prozent zurück. Es wurden 1986 nur noch 37 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt. 1987 wird ein weiterer leichter Rückgang erwartet. Der Beschäftigungsrückgang um zwei bis drei Prozent jährlich wird sich fortsetzen. Weitere Kapazitätsschnitte sind angesagt. Bis 1990, so befürchtet die Landesregierung von NRW, werden weitere 20 000 Stahlarbeitsplätze vernichtet werden.

Wie in allen anderen großen Branchen der Industrie dreht sich die Konjunkturrichtung auch in der **chemischen Industrie**. Die Beschäftigtenzahlen gehen zurück, die Aufträge sind im 4. Quartal 1986 rückläufig. Der Verfall des Dollars dürfte die Exportmöglichkeiten chemischer Produkte in den Dollarraum weiter erschweren.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 4,4	+ 1,4	- 0,1	+ 1,3
Eisenschaffende Industrie	- 4,5	- 12,4	- 12,6	- 10,8
Chemische Industrie	- 1,0	- 2,9	- 1,3	+ 0,5
Maschinenbau	+ 11,1	+ 4,0	- 2,5	+ 0,9
Straßenfahrzeugbau	+ 11,6	+ 4,3	+ 1,9	+ 1,2
Elektrotechnik	+ 5,5	+ 3,7	+ 6,7	+ 4,8
EDV-Geräte	+ 15,8	+ 1,7	- 8,6	- 13,4
Textilgewerbe	+ 3,3	+ 1,3	- 0,3	+ 0,7
Bekleidungsgewerbe	+ 2,4	- 1,1	+ 0,1	- 1,9
Bauhauptgewerbe	+ 0,7	+ 1,0	- 1,8	+ 18,8

1 In % gegenüber dem Vorjahr 1986

2 Vorläufig

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Nahezu eine Million Arbeitnehmer arbeiten im **Maschinenbau**. Mehr als die Hälfte der Produktion geht in den Export. Die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise schlägt sich schon heute in den Erwartungen der Unternehmen für die nächste Zeit nieder. Seit Mitte 1986 sinken die Absatzchancen im Ausland. Die Geschäftslage Ende 1986 wird noch überwiegend positiv beschrieben. Doch schon bei der Beurteilung des Auftragsbestandes sind laut Umfrage des Info-Instituts die negativen Meinungen vorherrschend.

Nicht ganz so schwarz sieht es in der **Elektroindustrie** aus. Auch hier sinken die Aufträge aus dem Ausland rapide ab. Wertmäßig lagen sie im 4. Quartal 1986 um etwa vier Prozent unter dem Vorjahresquartal. Im Gegensatz zum Maschinenbau gehen nur 30 Prozent der elektrotechnischen Erzeugnisse ins Ausland. Die Branche hofft wohl auf den Inlandsmarkt, der 1987 um 5 Prozent wachsen soll.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** sollten eigentlich von der günstigen Verbrauchskonjunktur profitieren. Sie tun dies auch, lei-

den aber gleichzeitig unter den verschlechterten Exportaussichten. Vor allem die Textilindustrie hatte sich in den letzten Jahren stark auf den Außenhandel orientiert. Nun steigen die Textileinfuhren, und die Ausfuhren schwächen sich ab. Die einseitige Weltmarktorientierung und die damit verbundene Vernachlässigung des Binnenmarktes rächen sich nun.

Gewisse Hoffnungen werden auf die Entwicklung der **Bauwirtschaft** gesetzt. Entgegen der Gesamtkonjunkturentwicklung hatte diese wichtige Branche zwischen 1983 und Mitte 1986 eine schwere Krise durchgemacht, seit Mitte 1985 ließen die ansteigenden Aufträge – mit Ausnahme des Wohnungsbaus – wieder auf eine Belebung hoffen. Derzeit ist aber fraglich, ob diese Tendenz sich fortsetzen wird: Immerhin muß festgestellt werden, daß die Wohnungsbauaufträge überhaupt nicht zugenommen haben. Die gesamten Bauaufträge gehen seit August 1986 sogar leicht zurück. Der Beschäftigungsrückgang setzt sich fort.

Ausgesprochen günstig ist die Konjunktur im **Einzelhandel** verlaufen. Nach einer sechsjährigen Periode der Stagnation konnte 1986 ein kräftiger Zuwachs verbucht werden.

Einzelhandelsumsätze¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
+0,3	-1,7	-3,6	+0,9	+0,4	+0,7	+3,7

1 Reale Veränderungen in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Die Zuwächse waren besonders hoch im Brennstoffhandel und bei Kraftfahrzeugen. Für 1987 wird eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung erwartet. Auffallend dabei, daß der rückläufige Beschäftigungstrend auch 1986 angehalten hat.

1.5 Automobilindustrie: Der Boom ist vorbei

Die Automobilindustrie ist wohl der Wirtschaftszweig, der in den vergangenen Jahren für die meisten Schlagzeilen gesorgt hat.

In den letzten zehn Jahren wurden die Beschäftigten durch Täler und Höhen wirtschaftlicher Konjunkturbewegungen getrieben. Der heutige Stand der Beschäftigung stellt ein Rekordniveau dar. Arbeitszeitverkürzung und Produktionssteigerungen sorgten für eine Zunahme der Beschäftigtenzahlen von fast 60 000 seit 1984, dem Jahr des Arbeitskampfes für Arbeitszeitverkürzung.

Doch die aktuellen Jubelmeldungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beschäftigten in der Automobilindustrie latenten Gefahren ausgesetzt sind.

Hire-and-fire-Politik bei den Konzernen ist Unternehmensphilosophie. Erfolge Anfang der 80er Jahre sind auf Exportoffensiven zurückzuführen. Durchleuchtet man die 80er Jahre genauer, dann zeigt sich, daß die Automobilbranche unruhige Zeiten hinter sich hat.

Zwar stieg die Produktion seit 1980 – mit Ausnahme des Arbeitskampfjahres – von Jahr zu Jahr an. Die Beschäftigtenzahlen jedoch sanken bis 1983. Erst 1985 waren die Werte von 1980 wieder erreicht.

Straßenfahrzeugbau (Veränderung zum Vorjahr in %)

	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ¹
Beschäftigte	-1,8	+0,2	-1,5	+1,1	+3,0	+4,0
Produktion	+6,4	+0,5	+0,5	-0,6	+11,6	+5,0

1 Vorläufig

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Gefährlich wäre es, die Ergebnisse von 1986 fortschreiben zu wollen. Zu stark weisen die wirtschaftlichen Konjunkturindikatoren nach unten.

Schwach sind die Impulse aus dem Ausland. Der Dollarkurs erschwert die Lieferungen in die Vereinigten Staaten. Es gilt auch für

die Automobilindustrie, im Inland die Verluste im Ausland zu kompensieren. Im vergangenen Jahr ist dies auch noch gelungen. Die Neuzulassungen im Inland stiegen gegenüber 1985 um 18,9 Prozent. Der Export dagegen lag 2 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Besonders gefragt waren Kleinwagen mit einem Hubraum von 1000 bis 2000 cm³.

Für die Zukunft sind neue Beschäftigungsrisiken zu erwarten, wie in einer Studie der IG Metall beschrieben:

– Das Wachstum der Pkw-Produktion wird weltweit mit jährlich 2 Prozent angegeben. In den Industrieländern wird von weitgehender Sättigung ausgegangen, das Wachstum soll nur 1 Prozent betragen.

– Der Produktivitätsverlauf wird sich beschleunigen. Die Entwicklung steht voll im Zeichen der Entwicklung neuer Technologien. Die Investitionen seit Mitte der 70er Jahre waren überwiegend auf Rationalisierung und Forschung und Entwicklung gerichtet, hatten aber auch große Erweiterungseffekte.

Die Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität an einem Beispiel: Die Verkettung von Einzelpressen zu einer automatischen Preßstraße benötigt statt 22 nur noch 5 Arbeiter. Der Ausstoß dagegen verdreifacht sich. Die Produktivität steigt um 1220 Prozent.

– Die Komponenten Produktion, Produktivität und Arbeitszeit sind verantwortlich für die Beschäftigung. In Zukunft wird man davon auszugehen haben, daß die Schere zwischen Produktion und Produktivität sich auseinanderentwickelt. Ausgleich kann nur die Arbeitszeitverkürzung bringen. Nimmt man an, daß die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden nur zur Hälfte beschäftigungswirksam wird, so würden dadurch allein im Fahrzeugbau rund 40 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden.

Finanzierbar ist die Wochenarbeitszeitverkürzung allemal. Die Konzerne sind überliquide. Die Investitionen in vielfacher Milliardenhöhe können leicht aus eigenen Mitteln finanziert werden. Im Jahr 1985 wiesen die 6 Automobilkonzerne der Bundesrepublik einen Jahresüberschuß von 1,9 Mrd. DM aus; im abgelaufenen Geschäftsjahr dürfte die ausgewiesene Profitmasse noch höher sein.

Die Gewinnsteigerung geht mit einem sinkenden Anteil der Personalaufwendungen einher. Der Anteil der Löhne und Gehälter lag im Jahr 1980 noch bei mehr als 23 Prozent, bis zum Jahr 1985 sank er auf 19 Prozent des Umsatzes.

Die jüngsten Prognosen aus der Automobilindustrie gehen davon aus, daß der „Zenit überschritten ist“. Sowohl im Inland wie im Ausland werden Produktion und Absatz sinken. Damit entfällt eine ganz wichtige Stütze für Beschäftigung und Konjunktur.

1.6 Investitionen

Die Anlage von fixem Kapital, also die Investition in Bauten und Ausrüstungen, bestimmt die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus. Obwohl es 1985 und auch 1986 eine vergleichsweise kräftige Belebung der industriellen Ausrüstungsinvestitionen gegeben hat, blieb die Investitionsaktivität gesamtwirtschaftlich und bezogen auf den gesamten Zyklus schwach.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²
Anlageinvestitionen								
insgesamt	+2,8	-4,8	-5,3	+3,2	+0,8	-0,3	+3,1	+3,5
Ausrüstungen	+2,6	-4,3	-6,7	+5,6	-0,5	+9,4	+4,6	+4,0
Bauten	+2,9	-5,1	-4,3	+1,7	+1,6	-6,2	+1,9	+3,0

1 Reale Veränderung in Prozent

2 Prognose des DIW

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1987; DIW-Wochenbericht, 1-2/1987)

Schon 1986 hat sich die Aktivität bei den Ausrüstungsinvestitionen in einer deutlichen, von den Prognosen nicht erwarteten Weise abgeschwächt. Erhöhten sich diese im Jahresdurchschnitt 1986 um 4,6 Prozent, so hatten die Prognosen Zuwächse zwischen sieben

und zehn Prozent erwartet. Erholt haben sich zwar die Bauinvestitionen, der scharfe Rückfall der letzten Jahre konnte aber bei weitem nicht aufgeholt werden.

Die konjunkturell besonders empfindlichen Investitionen in der Industrie sollten nach Unternehmensbefragungen vom August/September 1986 noch kräftig zunehmen, wenn auch mit einer Tendenz zur Verlangsamung.

Anlageinvestitionen in der Industrie¹

	1985 in Mrd. DM	Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr 1985	1986 ²	1987 ²
Insgesamt	53,5	+ 19	+ 13	+ 7
Bergbau	2,9	+ 8	+ 6	0
Verarbeitende Industrie	50,6	+ 19	+ 13	+ 7
darunter:				
Grundstoffe und Produktionsgüter	14,0	+ 23	+ 5	+ 4
Investitionsgüter	23,9	+ 23	+ 21	+ 9
Verbrauchsgüter	7,8	+ 11	+ 9	+ 8
Nahrungsmittel	5,0	+ 6	+ 2	+ 7
Baugewerbe	3,2	- 3	+ 10	+ 15

¹ In jeweiligen Preisen
² Schätzung bzw. Prognose des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung auf der Grundlage von Befragungen im Herbst 1986
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/1986, S. 8)

Zu diesem Zeitpunkt wurde eine Zunahme der industriellen Investitionen um real fünf Prozent im Jahre 1987 erwartet. Inzwischen dürften die Investitionspläne aber deutlich nach unten korrigiert worden sein, auch die Schätzungen für 1986 sind zu hoch.

Dies hängt vor allem mit der Entwicklung im Investitionsgüterbereich zusammen, auf den rund die Hälfte der Industrieinvestitionen entfällt. Dort hat der Einbruch bei den Exporten zu einer Zurückhaltung vor allem bei Erweiterungsinvestitionen geführt, die dort, im Gegensatz zu den anderen Bereichen, mit etwa 40 Prozent der Investitionen zuletzt ein hohes Gewicht hatten. Es fällt zudem auf, daß die Konsumbereiche ihre Investitionsaktivitäten trotz der Ausweitung der Kaufkraft nicht verstärken wollen: „Jedenfalls zeichnen sich ... in anderen Branchen trotz der gestiegenen Kaufbereitschaft der Konsumenten bislang keine wesentlichen Erweiterungsvorhaben ab“, kommentiert das Ifo-Institut die Befragungsergebnisse außerhalb der Investitionsgüterbereiche (Ifo-Schnelldienst, 31/86, S. 12).

Auf ein baldiges Ende der günstigen Investitionskonjunktur deutet auch der Rückgang der Kapazitätsauslastung hin, die vor allem in

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,6	84,5	85,1
1986	84,2	84,8	85,0	84,5

¹ In % der betrieblichen Vollausslastung
² Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

den Investitionsgüterbereichen gefallen ist. Der Auslastungshöhepunkt des auslaufenden Konjunkturzyklus scheint überschritten.

Es zeigt sich im übrigen sehr deutlich, daß die Investitionsaktivitäten der Unternehmer gegenwärtig mit der Ertragslage recht wenig zu tun haben. Denn obwohl die Renditen selbst nach Unternehmerangaben auf einem Niveau liegen, wie es seit mehr als zehn Jahren nicht mehr erreicht worden war, ist die Investitionstätigkeit verhalten geblieben.

1.7 Außenwirtschaft und Dollarkurs

Die Bundesrepublik hat sich im Jahre 1986 scheinbar an die Spitze der Exportnationen gesetzt. Mit Ausfuhren im Werte von ungefähr 240 Milliarden Dollar wurden die USA überholt, deren Exporte sich auf ungefähr 220 Milliarden belaufen. Die dritte Stelle hält Japan mit rund 200 Milliarden.

Diese Verschiebungen in den Handelsströmen sind allerdings überwiegend Wechselkursbedingt gewesen. Da der Dollar sowohl gegenüber der DM als auch gegenüber dem Yen kräftig abgewertet wurde, erscheinen die in Dollar gerechneten Exportwerte wesentlich größer. Preis- und Wechselkursverschiebungen haben auch dazu geführt, daß der Exportüberschuß der Bundesrepublik mit 112 Milliarden DM um fast 40 Milliarden über den Vorjahresstand gestiegen ist.

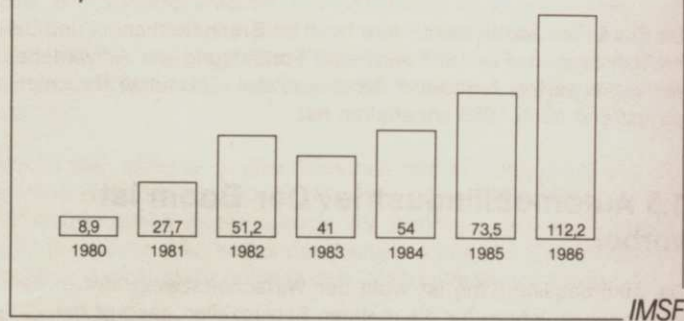
Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM
1980	350,3	+ 11,4	341,4	+ 16,9	+ 8,9
1981	396,9	+ 13,3	369,2	+ 8,1	+ 27,7
1982	427,8	+ 7,8	376,6	+ 2,0	+ 51,3
1983	432,3	+ 1,2	390,4	+ 2,9	+ 42,0
1984	488,2	+ 13,0	434,2	+ 11,2	+ 54,0
1985	537,1	+ 10,0	463,8	+ 6,8	+ 73,4
1986	526,4	- 2,0	414,2	- 10,7	+ 112,2

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Außenhandel der BRD

Exportüberschuß in Mrd. DM



Dies, obwohl die Warenexporte real, d. h. zu festen Preisen von 1980, nur geringfügig zugenommen haben (+ 1,5 Prozent), die Importe dagegen um real sechs Prozent. Ursache ist der Rückgang der Importpreise um etwa 19 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Obwohl z. B. mit fast 130 Millionen Tonnen etwa acht Millionen Tonnen mehr Rohöl und Mineralölprodukte eingekauft worden sind, sank die „Ölrechnung“ der BRD von gut 70 Milliarden DM 1985 auf knapp 35 Milliarden im abgelaufenen Jahr.

Der Überschuß in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik, die außer der Bilanz des Warenhandels noch die Dienstleistungsbilanz (darunter Tourismusaufgaben) und die Bilanz der Übertragungen (Überweisungen ausländischer Arbeiter, Beiträge zu EG und NATO) enthält, stieg um fast 40 auf 78 Milliarden DM.

Trotzdem schloß die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik, d. h. der Saldo sämtlicher Geldströme über die Grenzen, nur mit einem kleinen Überschuß von 3 Milliarden DM ab, d. h., aus dem Ausland flossen Gelder im Umfang von drei Milliarden DM mehr zu, als gleichzeitig die Bundesrepublik verließen. Dies hängt damit zusammen, daß per Saldo verstärkt Kapital im Ausland angelegt wurde, vor allem in Form von kurzfristigen Geldanlagen.

Saldo der Zahlungsbilanz¹

	1985	1986
Leistungsbilanz	+ 39	+ 78
- Warenhandel	+ 73	+ 112
- Dienstleistungen	- 3	- 8
- Übertragungen	- 31	- 27
Kapitalbilanz	- 47	- 65
- Langfristig	- 6,5	+ 41
- Kurzfristig	- 41	- 107
Veränderung der Devisenreserven	- 1	+ 3

¹ In Millionen DM, + bedeutet Geldzustrom, - Geldabfluß
(Quelle: Deutsche Bundesbank)

Das Erlahmen der bundesdeutschen Warenexporte hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen. Erst mal ist darauf zu verweisen, daß ein Rückschlag nach den Jahren eines Ausfuhrbooms zu erwarten war. Im internationalen Handel sind gewaltige Ungleichgewichte zu Lasten der USA und zugunsten der BRD und Japans entstanden, die eine weitere Expansion des Welthandels behindern.

Zudem hat sich die Konjunktur in den Hauptabnehmerländern, nämlich in Westeuropa und in Nordamerika, stark abgeschwächt. Der schwache Aufschwung dort basiert ganz überwiegend nur noch auf der Privaten Nachfrage, die durch den Ölpreisverfall gestützt wird. Die Investitionen stagnieren bzw. nehmen nur noch wenig zu - wodurch die stark auf Investitionsgüter spezialisierte Ausfuhr der Bundesrepublik besonders getroffen wurde.

Schließlich ist auf den rapiden Verfall des Dollarkurses zu verweisen und die DM-Aufwertungen gegenüber den westeuropäischen Partnerländern.

Besonders spektakulär hat sich der Dollarkurs bewegt.

Der Dollarkurs in DM¹

	1953	1960	1970	1980	1985	1986	Februar 1987
	4,20	4,17	3,65	1,82	2,94	2,17	1,80

¹ Devisenkurse an der Frankfurter Börse, Kassa-Mittelkurse
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihette, Reihe 5, lfd.)

In den fünfziger Jahren herrschte nahezu absolut Wechselkursstabilität, in den sechziger Jahren ebenfalls, allerdings bei einer leichten Abwertungstendenz für die USA. In den siebziger Jahren, schon ab 1970, wuchs der Druck auf den Dollar, u. a. im Zusammenhang mit der Dollarschwemme, durch die die USA den Vietnamkrieg finanzierten. Das Währungssystem von „Bretton-Woods“, das seit 1944 Wechselkursveränderungen nur im Rahmen von gegenseitigen Abstimmungen zuließ, mußte aufgegeben werden. Die Währungen begannen zu „floaten“, ihre Kurse wurden durch die Ereignisse an den Devisenmärkten bestimmt, zunehmend durch die Devisenspekulation. Über die gesamten siebziger Jahre hinweg, bis etwa 1980, sank der Dollarkurs gegenüber der DM. Innerhalb von 10 Jahren verlor er die Hälfte seines Wertes (ausgedrückt in DM). Nun begann aber ein kräftiger Wiederanstieg des Dollarkurses, zur Überraschung aller Beobachter. Hohe Zinsen, eine starke Nachfrage nach dem wichtigsten internationalen Zahlungsmittel im Zuge hoher Erdölpreise und steigenden Welthandels, Spekulationswellen zugunsten des Dollars und eine gezielte Notenbankpolitik der USA ließen den Kurs bis zum März 1985 bis auf 3,31 DM ansteigen, wiederum nahezu eine Verdoppelung gegenüber dem Tiefpunkt vom Januar 1980 (1,72 DM). Dann setzte ein erneuter Rückschlag ein, der durch seine Stärke ebenfalls wieder sämtliche Beobachter (einschließlich des Autors, vgl. INFORMATIONEN 2/1985) überraschte. Ein Grund dafür war sicher, daß der starke Dollar zwar einerseits die Finanzierung des „Zwillingsdefizits“ der USA im Staatshaushalt und in der Handelsbilanz erleichtert hat. Andererseits geriet die US-Wirtschaft damit aber immer stärker unter den Druck der internationalen Konkurrenz. Die Aufwertung des Dollars hatte amerikanische Waren im In- und Ausland verteuert, zog also Importe in die USA an und erschwerte umgekehrt amerikanische Exporte. Bei einer schon 1985 erlahmenden US-Konjunktur wuchs der Druck seitens der Landwirtschaft und der stagnierenden zivilen US-Industrie (der Militärbereich dagegen erblühte) auf die US-Administration. Diese begann zunächst zaghaft, dann immer deutlicher, der Spekulation zu signalisieren, daß die Zeit des starken Dollars vorbei sei. Es gelang, die übrigen kapitalistischen Länder für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Die Spekulation reagierte entsprechend und setzte auf die DM und den Yen. Innerhalb von nur 20 Monaten verlor der Dollar erneut fast die Hälfte sei-

Handelsbilanz der USA in Mrd. Dollar

	Salden der Handelsbilanz in Mrd. Dollar 1985	1986
Insgesamt	- 148,5	- 169,8
darunter:		
Agrarerzeugnisse	+ 7,2	+ 2,9
Industriegüter	- 112,8	- 145,1
Mineralöl	- 47,7	- 34,0

(Quelle: US-Handelsministerium)

nes Wertes. Die Hoffnung jedoch, dies würde die internationale Konkurrenzfähigkeit der USA rasch wieder herstellen, diese Hoffnung hat sich bis jetzt nicht erfüllt.

Auch die jüngsten Monatsdaten signalisieren keine Besserung. Dies ist um so bemerkenswerter, als die USA ja schließlich auch vom Verfall der Ölpreise profitieren konnten.

Der Rückgang des Dollarkurses erschwert tendenziell die bundesdeutschen Exporte. Immerhin werden etwa 16 Prozent der Ausfuhren in Dollar fakturiert. Außerdem sind die USA - sieht man von den Kursschwankungen des Dollars ab - immer noch der größte Importeur der Welt. 34,5 Prozent der Weltimporte lauten auf Dollarpreise.

Beschränkt wurden gleichzeitig die Exporte in die Entwicklungsländer, einschließlich der OPEC-Staaten. Die Kaufkraft dort nimmt unter dem Druck der Schuldendienstzahlungen und des Rohstoffpreisverfalls immer noch ab.

Die wichtigsten Handelspartner sind die Länder der EG, die etwa die Hälfte der bundesdeutschen Ausfuhren abnehmen. Aber auch hier sind die Zeichen nicht auf weitere Expansion gestellt.

2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

„Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren enorm verbessert. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates war die Marge der Gewinn- und Vermögenseinkommen im Jahr 1986 so hoch wie zuletzt Anfang der siebziger Jahre. Die bereinigte Lohnquote - als Maß für die Verteilungsrelation zwischen Kapital und Arbeit - ist sogar auf das Niveau von Anfang der sechziger Jahre gefallen.“ Zu dieser Schlußfolgerung kam das DIW nach Sichtung der Ergebnisse der letztjährigen Wirtschaftsentwicklung (DIW-Wochenbericht 1-2/87, S. 11f.).

Da 1987 der Konjunkturzyklus höchstwahrscheinlich zu Ende gehen wird, kann eine Bilanz der letzten Aufschwungsphase gezogen werden. Bei der Einkommensentwicklung sieht das dann so aus: Die Brutto-„Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ haben sich seit 1981 um 169 Mrd. oder um 55 Prozent erhöht (Jahresdurchschnitt 11 Prozent). Die entsprechenden Nettoeinkommen stiegen um fast den gleichen Betrag (156 Mrd.), was wegen der niedrigeren Ausgangsbasis eine höhere Steigerungsrate bedeutet: 12,7 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	Brutto Mrd. DM	v. H. ¹	Netto Mrd. DM	v. H. ¹
1980	306	- 1,3	243	- 0,1
1981	305	- 0,5	246	0,9
1982	321	5,5	259	5,7
1983	361	12,5	300	15,6
1984	392	8,6	325	8,6
1985	434	8,8	364	8,6
1986	474	9,5	402	10,5
1987 ²	470	- 1,0	399	- 1,0

¹ In v. H. gegenüber dem Vorjahr
² DIW-Schätzung
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1-2/87, S. 28)

Bei den Unternehmern stiegen die Nettoeinkommen schneller als die Bruttobeträge. Bei den Löhnen und Gehältern ist es umgekehrt. Ein bemerkenswerter Vorgang, der allerdings nicht mehr verwundert, wenn man die zahllosen Möglichkeiten zum Steuer-

sparen kennt, die jeder Selbständige – im Gegensatz zu den Lohnabhängigen – hat.

Was geschieht mit den Profiten? Helmut Schmidts rührende These, steigende Profite seien zur Finanzierung arbeitsplatzschaffender Investitionen geboten, wird von den Unternehmern Jahr für Jahr aufs neue widerlegt. Nur einen geringen Teil ihrer Profite legen sie (als nicht entnommene Gewinne) in den eigenen Betrieben an. 1981/82 waren die Privatentnahmen sogar höher als die Nettoeinkommen, d. h., es wurde aus der Substanz der Betriebe genommen.

Entnommene Gewinne aus BRD-Unternehmen

Jahr	Nettoeink. aus Unternehmertätigk. u. Vermögen	entnommene Gewinne		entn. Gew. in v. H. der Nettoeink. aus Unternehmertätigk.
		Mrd.	v. H. ¹	
1980	244	241	9,1	98,8
1981	246	256	7,7	104,1
1982	259	266	3,6	102,7
1983	300	290	5,4	96,7
1984	325	316	9,0	97,2
1985	364	359	8,1	98,6
1986	402	368	2,5	90,8
1987 ²	399	382	4,0	95,7

¹ In v. H. gegenüber dem Vorjahr

² DIW-Schätzung

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd., DIW-Wochenbericht 1–2/87, S. 28)

Anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, kaufen die Unternehmer Wertpapiere oder Anteile an fremden Firmen im In- und Ausland, zum nicht geringen Teil werden reine Spekulationsgeschäfte finanziert. Höhere Steuern, mit denen wenigstens ein Teil dieser Profite abgeschöpft würde, hätten auf die im Inland wirksame Investitionssumme keinen Einfluß.

2.2 Konzentration

Wenn das Kapital im Geld schwimmt (Siemens 1986: Liquidität = 21,9 Mrd.; Zuwachs 6,6 Prozent), dann kann sich das nicht nur in der Statistik der Einkommensverteilung niederschlagen. Die aus den Unternehmen entnommenen Gewinne werden nur zu einem Teil privat konsumiert; der Rest wird auf kapitalistische Weise wieder angelegt, und hier gerinnt er zu sozialökonomischer Macht. Denn die Stellung des Kapitals als herrschende Klasse leitet sich nicht aus dem Konsum ab, sondern aus der Verfügungsgewalt über die Betriebe. Je näher man an diesen Kernbereich der kapitalistischen Gesellschaft kommt, desto spärlicher ist allerdings das empirische Material.

Statistiken gibt es über die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche (Insolvenzen) und über die Anzahl der Zusammenschlüsse (Fusionen; meldepflichtig, wenn der fusionierte Umsatz 500 Mio. übersteigt). Welches strategische Gewicht die Vorgänge haben, wird nur in gelegentlichen Sonderuntersuchungen (z. B. durch die Monopolkommission) beleuchtet.

Bei Fusionen und Insolvenzen („Unternehmens- und Beteiligungsmarkt“) war 1986 ein weiteres Rekordjahr.

Insolvenzen und Fusionen 1960–1986

Jahr	Insolvenzen	Fusionen
1960	2689	22
1969	3578	168
1974	7722	318
1980	9144	635
1981	11653	618
1982	15877	603
1983	16056	506
1984	16760	575
1985	18876	709
1986	18842	über 800

(Quelle: Statistisches Jahrbuch, lfd.; Handelsblatt vom 2. 1. 1987 und vom 12. 2. 1987)

Die Unternehmensfusionen wären womöglich noch zahlreicher gewesen, wenn mehr Firmen „im Angebot gestanden“ hätten. Im

Handelsblatt wurde am 21. 1. 87 von einem „Nachfrageüberhang“ berichtet. Ursache: „In den letzten Jahren (haben) nicht nur die großen, sondern auch mittlere und kleinere Unternehmen so gut verdient, daß sie dicke Liquiditätspolster angelegt haben“ (ebenda). Das Kauffieber erstreckte sich auf fast alle Bereiche der Wirtschaft; allerdings waren die Motive unterschiedlich:

Im Einzelhandel dominiert das klassische Ziel, Konkurrenten durch Aufkauf auszuschalten. Beispiele sind die Übernahme von Schaper durch Asko, von Waldbaum durch Tengelmann. Zum Entsetzen des mittelständischen Handels wurde jetzt auch die Fusion Metro/Kaufhof nachträglich genehmigt. Im Maschinenbau werden angestammte Märkte abgesichert. Beispiele sind die Fusion KHD mit Motoren Mannheim, Rieter mit Schubert & Salzer, Orenstein & Koppel mit Faun. In der Metallverarbeitung und der Chemieindustrie stand das Bemühen im Vordergrund, Forschungskapazitäten und -ergebnisse günstig zu erwerben. Beispiele sind die Übernahme von H. C. Strack durch Bayer, von Becham (GB), Oxy Process, Parker Chemical (beide USA), Solitaire und UGS (F) durch Henkel sowie die Mehrheit von Daimler-Benz an der AEG.

Firmen werden nicht in erster Linie dann gekauft, wenn sie hohe Profite ausweisen, sondern wenn sie in das produktions- und marktstrategische Konzept des Käufers passen. Vorrangiges Ziel ist es, sich auf künftige Auseinandersetzungen auf den Weltmärkten vorzubereiten.

„Gefragt“ sind in erster Linie Betriebe aus der EDV, der Nachrichtentechnik sowie der Steuerungs- und Regeltechnik. Auf möglichst vielen Gebieten will man Systemangebote unterbreiten können, d. h. zu maschinellen Ausrüstungen auch gleich die passende EDV-Einrichtung und Software bereit haben. Das gleiche Ziel steht hinter der Gründung von Gemeinschaftsfirmen, wie z. B. der gemeinsamen Tochter für Datentechnik, die im vorigen Jahr von Siemens und BASF gebildet wurde.

Groß im Geschäft sind bei den Fusionen die Banken und Versicherungen. Sie konnten in den letzten Jahren durchweg extrem hohe Profite erzielen und tendieren zum „Allfinanzunternehmen“ (Verschmelzung von Bank- und Versicherungskapital). Herausragende Beispiele sind die Beteiligung der Aachen-Münchener Versicherung an der Bank für Gemeinwirtschaft und die Kooperation zwischen Berliner Bank und Gothaer Versicherung. Das meiste Geld verdienen die Versicherungskonzerne übrigens bei den Lebensversicherungen.

„Geld ist offensichtlich genügend vorhanden, das auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten ist“ (HB vom 21. 1.). Das ist der Grund, weshalb auch an der Börse neue Rekorde verbucht wurden: 31 Unternehmen boten erstmals Aktien zum Kauf an und beschafften sich auf diese Weise zusätzliche Finanzmittel. Weitere 51 Unternehmen hatten bis Ende November 1986 Barkapitalerhöhungen im Umfang von 10,7 Mrd. DM durchgeführt; im Dezember flossen auf die gleiche Weise 663 Mio. in die Kassen von Daimler-Benz. Auch die Aachen-Münchener Versicherung will die 1,9 Mrd. DM, die sie für die BfG-Mehrheit zahlen muß, 1987 im wesentlichen über Kapitalerhöhungen an der Börse holen.

Diese neuen Aktien werden nur zum geringen Teil vom Massenpublikum gekauft; Kunden sind vorrangig andere Unternehmen und Banken (und zunehmend auch Versicherungen). Nicht selten führen sie zu neuen Beteiligungsstrukturen. Außerdem sind sie für die Großbanken eine Quelle zusätzlicher Profite, weil solche Transaktionen meist über sie abgewickelt werden. Bei 15 von den 31 Neuemissionen war 1986 die Deutsche Bank Konsortialführerin, die Dresdner Bank in fünf Fällen, den Rest teilten sich fünf andere Banken. Allein an der Transaktion der Flick-Anteile an Daimler-Benz sowie der Plazierung von Feldmühle/Nobel-Aktien soll die Deutsche Bank eine Milliarde verdient haben.

Die Entwicklung wird sich fortsetzen. Mitte Januar wurde z. B. bekannt, daß Mannesmann bei Fichtel & Sachs einsteigen will. Sollte der Aufschwung 1987 zu Ende gehen, wird möglicherweise der „Unternehmens- und Beteiligungsmarkt“ von der Angebotsseite her noch besser bedient werden; sprich: Es könnten noch mehr interessante Firmen zum Verkauf stehen. An Geld für solche Käufe jedenfalls wird es nicht mangeln.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Arbeitseinkommen sind im abgelaufenen Jahr so kräftig gestiegen wie lange nicht mehr. Das liegt nur zum Teil an den etwas gestiegenen Tarifabschlüssen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
+ 6,7	+ 5,5	+ 4,0	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,5

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Entscheidend für den kräftigen Reallohnanstieg ist die Entwicklung der Verbraucherpreise. Hinzu kommen weitere Faktoren:

– Die erste Stufe der Steuerreform, die vor allem mit einer Erhöhung der Kinderfreibeträge verbunden war, hat die Progressionswirkung der Lohnsteuer für ein Jahr gestoppt. Das heißt, die durchschnittliche Belastung der Löhne und Gehälter mit Steuern und Sozialabgaben ist für ein Jahr nicht gestiegen.

– Die Zunahme der Beschäftigtenziffern, vor allem der Arbeitszeitverkürzung geschuldet, hat zu einer Ausweitung der Lohnsumme um etwa ein Prozent geführt, was ebenfalls die Kaufkraft der Löhne und Gehälter (Summe) erhöht hat.

Die Lohn- und Gehaltssumme ist daher real um etwa fünf Prozent angestiegen, die Reallohn- und -gehälter je Beschäftigten haben sich um 4,3 Prozent erhöht.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 8,6	+ 4,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 6,8	+ 3,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,2	+ 3,0
Je Beschäftigten	+ 5,2	+ 4,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 4,1	+ 2,5
Inflationsrate	+ 5,5	+ 5,9	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,2	– 0,2	+ 1,0
Realeinkommen je Beschäftigten	– 0,3	– 1,4	– 2,4	– 0,7	– 0,7	– 0,7	+ 4,3	+ 1,5

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, lt. Neuberechnung des Statistischen Bundesamtes

² Prognose des DIW

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1–2/1987)

Im laufenden Jahr wird sich diese Tendenz aller Voraussicht nach stark abschwächen. Dabei sind folgende „Eckdaten“ zu beachten:

– Die Preise werden wegen des Fortfalls der Wirkungen der niedrigen Rohstoffpreise und des Dollarverfalls wieder ansteigen. Es wird offiziell sehr optimistisch mit einer „Inflationsrate“ bei den Verbraucherpreisen von ein bis eineinhalb Prozent gerechnet.

– Da der durchschnittliche Beitrag zur Krankenversicherung 1987 voraussichtlich auf mindestens 12,6 Prozent (von 12,2 Prozent 1986) steigen wird, erhöht sich die Gesamtbelastung durch die Sozialabgaben um 0,2 Prozent. (Rentenversicherungsbeitrag fällt von 18,5 auf 18, Arbeitslosenversicherungsbeitrag steigt von 4 auf 4,3 Prozent.)

– Die Steuerprogression verschärft sich erheblich. So gehen die Prognosen davon aus, daß bei einem Anstieg des Bruttolohns um dreieinhalb Prozent der Nettolohn nur um zweieinhalb Prozent steigt. Die Wirkung von Steuerprogression und Beitragserhöhung bei der Sozialversicherung summiert sich unter diesen Bedingungen auf ein Prozent.

– Schließlich muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um eineinhalb Prozent, die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde um etwa zwei Prozent ansteigt.

– Zudem muß – vom Standpunkt der Kaufkraft – berücksichtigt werden, daß die Zahl der Beschäftigten 1987 nur noch geringfügig

zunehmen wird und die Kurzarbeit das Niveau des Vorjahres übersteigt.

Schon eine Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter um etwa eineinhalb Prozent je Beschäftigten (also entsprechend dem Produktivitätsfortschritt) würde eine wirksame Anhebung der Löhne und Gehälter um brutto vier Prozent erfordern. Dies bezieht sich auf die Monatseinkommen, d. h. klammert die Wirkung von Arbeitszeitverkürzungen aus. Eine solche Betrachtungsweise ist notwendig, wenn man die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich aufstellt, d. h. eine Verrechnung von Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung ablehnt. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß selbst bei einer Zunahme der Realeinkommen im erwarteten Ausmaß (also um 1,5 Prozent 1987) die Kaufkraft der Löhne und Gehälter (je Beschäftigten) immer noch leicht unter dem Stand von 1979 liegen würde.

3.2 Preise

Man muß bis ins Jahr 1953 zurückblicken, um eine ähnliche Preisstabilität wie 1986 wiederzufinden. Im Jahresdurchschnitt ist der Index der Lebenshaltung um 0,2 Prozent gesunken.

Dies – und darüber hinaus die Entwicklung seit 1983, also dem Beginn des konjunkturellen Aufschwungs – wirft die Frage auf, ob die Gefahr einer „säkularen“ Inflation gebannt ist, ob die Preisentwicklung wirtschaftspolitisch reguliert worden ist.

Dabei steht in scharfem Kontrast zu der Stabilität der Preise in der Bundesrepublik und den übrigen kapitalistischen Ländern:

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industriepreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
1980	+ 5,5	+ 7,6	+ 1,6	+ 5,4	+ 17,1
1981	+ 5,9	+ 7,7	+ 6,0	+ 5,3	+ 14,0
1982	+ 5,3	+ 5,7	+ 3,6	+ 4,8	+ 1,5
1983	+ 3,0	+ 1,5	– 1,5	+ 2,4	0,0
1984	+ 2,4	+ 2,9	– 1,2	+ 2,1	+ 6,0
1985	+ 2,2	+ 2,2	– 3,6	+ 1,4	+ 1,5
1986	– 0,2	– 3,0	– 4,7	– 0,1	– 18,9

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

– die Tatsache, daß die Länder der dritten Welt eine exorbitante Inflationsbeschleunigung bis hin zu Inflationsraten von mehreren hundert Prozent im Jahr erleben;

– die Tatsache, daß die Entwicklung der Geldmengen – im Dogmengebäude des Monetarismus als Hebel zur Steuerung der Inflation betrachtet – sich in der letzten Zeit der Notenbankpolitik zunehmend entzieht. Während die Geldmenge beschleunigt ansteigt, verlangsamt sich die Inflation!

– die Tatsache, daß von Stabilität im Geld- und Währungsgeschehen weniger denn je die Rede sein kann. Allein die hektisch schwankenden Wechselkurse und die bedrohliche Schulden-situation sind hier Hinweis genug.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	HWWA-Index ²	
		Ohne Energierohst.	Mit Energierohst.
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	193	123	209
1984	213	125	205
1985	188	112	197
1986	138	116	143
Januar 1987	110	114	143

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100

² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 2. 1. 1987)

Für die Bundesrepublik hat der rapide Dollarverfall zusätzliche Entlastungen gebracht. Im Januar 1987 waren die Rohstoffimporte für die BRD gerade noch 10 Prozent teurer als im Jahre 1972, vor der ersten Ölpreiserhöhung. Im gleichen Zeitraum sind die Exportprei-

se der Bundesrepublik um 82 Prozent gestiegen. Infolgedessen haben sich die internationalen Austauschverhältnisse, die „Terms of Trade“, dramatisch zugunsten der BRD verschoben.

Terms of Trade der BRD¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²
	100	93,4	96,9	98,5	96,3	97,5	122,1

¹ Index 1980=100

² Dezember

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, Ifd.)

Im Dezember 1986 bekamen die BRD-Importeure also für die gleiche Menge an Exportgütern wie 1980 rund 22 Prozent mehr an Importgütern. Dies steckt im übrigen auch hinter der etwas irritierenden Tatsache, daß 1986 sowohl die Kaufkraft der Löhne als auch die Kaufkraft der Gewinne rascher gestiegen ist als das Sozialprodukt: Die zur Verteilung stehende Menge an Gütern und Leistungen ist durch die Verbesserung der „Terms of Trade“ auf Kosten des Auslands erhöht worden.

Tatsächlich handelt es sich bei der gegenwärtigen relativen Preisstabilität also um eine „importierte“ Stabilität. Schon seit 1980 fallen die Rohstoffpreise, nicht nur die Preise für Energierohstoffe. Gleichzeitig unterliegen die Währungen der verschuldeten Länder der dritten Welt einer massiven Abwertung gegenüber dem Dollar und gegenüber den übrigen „harten“ Währungen. Dies heißt aber nichts anderes, als daß die Waren der dritten Welt (Rohstoffe und Industriewaren) für die kapitalistischen Verbraucherländer billiger geworden sind! Die Umverteilung von Ressourcen zwischen dritter Welt und Kapitalismus erscheint hier als Preisstabilität. Hinzu kommt noch, daß die dritte Welt um jeden Preis Leistungsbilanzüberschüsse erzielen muß: Nur so kann sie die Devisen beschaffen, die sie zur Bedienung der Schulden benötigt. Das heißt: Die verschuldeten Länder sind gezwungen, ihre Produkte zu Schleuderpreisen abzugeben.

Die gegenwärtige Preisstabilität in der kapitalistischen Welt ist also eine vorübergehende Erscheinung, hinter der sich größte Labilität im nationalen und internationalen System des Geldes verbirgt. Aktuell ist davon auszugehen, daß im Jahresverlauf bald wieder ein Plus vor der Veränderungsrate des Lebenshaltungsindex stehen wird: Dies würde selbst dann eintreten, wenn das Preisniveau im Jahresverlauf 1987 absolut stabil bleiben würde – womit aber nicht zu rechnen ist.

Preisindizes 1986/1987¹

	Lebenshaltung	Industriepreise	Importpreise
Oktober	–0,9	–4,7	–20,7
November	–1,2	–4,9	–20,3
Dezember	–1,1	–4,8	–19,6
Januar	–0,8		

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Tatsächlich sind auch 1987 viele Güter und Leistungen weiter teurer geworden. Dies gilt vor allem für Dienstleistungen und Wohnungsmieten. Hier ist im übrigen sichtbar, wie wenig die Behauptung zutrifft, niedrige Lohnkosten garantierten stabile Preise: Gerade die lohnintensiven Dienstleistungspreise haben ihr Steigerungstempo in den letzten Jahren kaum verändert.

3.3 Einkommensverteilung

Trotz des kräftigen Reallohngewinns 1986 – der eben wesentlich mit der Preisstabilität zusammenhängt – hat sich die Verteilung weiter zugunsten des Kapitals verschoben. Dies gibt die Kategorie der „Lohnquote“ wieder.

Die Brutto Lohnquote, eine Kategorie, die dem Kostenstandpunkt der Unternehmer angemessen ist, ist auf den Stand vom Beginn der siebziger Jahre zurückgefallen. In den letzten 15 Jahren war dieser Indikator in keinem Jahr niedriger als 1986.

Einen anderen, einen Kaufkraftaspekt, berücksichtigt die tatsächliche Nettolohnquote: Demnach können die Löhne und Gehälter derzeit noch gut 37 Prozent des Sozialprodukts kaufen, etwa acht

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolohn- und -gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1980	73,5	64,9	42,4	37,5
1981	74,4	65,6	42,6	37,6
1982	73,8	65,2	41,8	37,0
1983	71,6	63,5	40,0	35,5
1984	70,5	62,5	38,7	34,3
1985	69,5	61,6	37,6	33,3
1986	68,6	60,7	37,2	32,9

¹ Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen

² Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960 (Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1; Wirtschaft und Statistik, 1/1987; Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrates, S. 53)

Prozent weniger als 1970. Die „Bereinigung“ führt zu fiktiven Werten: Sie gibt die Verteilung an, wenn der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtheit der Erwerbstätigen seit 1960 gleichgeblieben wäre. Damals lag die Abhängigenquote bei 77,2 Prozent, inzwischen ist der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Erwerbstätigenzahl auf 87,2 Prozent angestiegen.

Dessenungeachtet behaupten Unternehmer, Regierung und etablierte Wirtschaftswissenschaft immer noch, steigende Profite seien für die Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung notwendig. Aber vielleicht beziehen die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte ihre Einkommen vorwiegend gar nicht aus Lohn, sondern vom Staat? Auch hier plant das Kohl/Bangemann-Kabinett Kürzungen (Motto: „Subventionsabbau“). In der Tat umfaßt die Lohn- und Gehaltssumme nicht das gesamte Einkommen, das den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten zur Verfügung steht. Daneben gibt es Vermögens Einkommen, Stipendien, Renten, Kinder-, Mutterschafts-, Kranken- und Wohngeld, Arbeitslosenunterstützung – um nur die wichtigsten Arten zu nennen. Auch die Selbständigenhaushalte beziehen solche Transfereinkommen, wenn auch mit anderer Gewichtung. Die Untersuchungen, die das DIW regelmäßig zum „verfügbaren Haushaltseinkommen“ veröffentlicht, zeigen indessen, daß auch unter diesem Blickwinkel die abhängig Beschäftigten einen zunehmend geringeren Anteil am Volkseinkommen erhalten.

Verfügbares Durchschnittseinkommen nach Haushaltsgruppen

Gruppe	in DM pro Monat					in v. H. ggü. Vorjahr	
	1970	1978	1983	1984	1985	1984	1985
Selbständige ¹	3625	7605	9776	10941	11084	11,9	7,9
Angestellte	1695	3075	3883	3984	4136	2,6	3,8
Arbeiter	1470	2645	3038	3126	3180	2,9	3,5
Rentner	–	–	2231	2307	2338	3,4	1,3
Insgesamt	–	–	3432	3581	3706	4,3	3,5

¹ Außerhalb der Landwirtschaft

(Quelle: DIW-Wochenbericht 14/85, S. 186; 45/86, S. 516; 51–52/86, S. 659. IMSF: Stamokap in Daten und Fakten, Frankfurt 1981, S. 141)

Die „Selbständigen“-Haushalte hatten dreieinhalbmal soviel Geld zur Verfügung wie die Arbeiterhaushalte, und ihre Einnahmen wachsen regelmäßig schneller. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Kategorie „Selbständiger“ die Kapitalistenklasse nur sehr verzerrt widerspiegelt; auch ein Bauchladenbesitzer ist meist selbstständig.

Außerdem haben Selbständige die Möglichkeit, einen erheblichen Teil ihres privaten Konsums über den Betrieb laufen zu lassen (vom Erst- und Zweitwagen über „Dienstreisen“ bis zu den Lebensmitteln). Das alles wird beim Finanzamt als Firmenausgaben angegeben, obwohl es eigentlich zum verfügbaren Haushaltseinkommen zu rechnen wäre.

Das DIW hat auch untersucht, wie die Summe der verfügbaren Einkommen verteilt ist, wenn man alle Haushalte in fünf zahlenmäßig gleich große Gruppen, jedoch in der Rangordnung der Einkommenshöhe, unterteilt. Das Fünftel mit den höchsten Einkommen konnte fast sechsmal soviel ausgeben wie das mit den niedrigsten.

Anteile der Haushalte am verfügbaren Gesamteinkommen v. H.

	1984	1985
1. Fünftel	7,6	7,3
2. Fünftel	12,2	12,1
3. Fünftel	16,7	16,1
4. Fünftel	21,9	21,4
5. Fünftel	41,6	43,1

(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/85, S. 517, und 51–52/86, S. 668)

Bei 80 Prozent aller Einkommensbezieher ist der Anteil am Volkseinkommen geringer gewesen als im Vorjahr. Nur das Fünftel der Reichsten hat seine Position auch relativ verbessern können. Nach den DIW-Berechnungen (a.a.O., S. 663) gab es 1985 6 Mio. (= 24,7 Prozent aller) Haushalte mit 2000 DM oder weniger im Monat an verfügbarem Einkommen. Sie hatten zusammen 103 Mrd. zur Verfügung (9,2 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens). 732000 (= 3 Prozent aller) Haushalte mit einem Monatseinkommen von 10000 DM und mehr kassierten 146 Mrd. DM oder 13 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens; das war fast eineinhalbmal soviel wie das Gesamteinkommen der erstgenannten Gruppe.

Solche skandalösen Verhältnisse aufzeigen heißt freilich nicht, sie als solche im Massenbewußtsein zu verbreiten. Wenn (1986) die Reallöhne gestiegen sind und wenn auch in den Jahren vorher die meisten Vollzeitbeschäftigten ihren Lebensstandard nicht einschränken mußten, dann verdeckt das die relativ verschlechterte Einkommensposition der abhängig Beschäftigten insgesamt. Es gelingt der herrschenden Klasse immer noch, die Umverteilung zu ihren Gunsten vorwiegend zu Lasten der Arbeitslosen und Diskriminierten durchzuführen und bei den übrigen Teilen der Arbeiterklasse ein Gefühl des Nicht-direkt-betroffen-Seins aufrechtzuerhalten.

3.4 Tarifrunde '87 – vor einem neuen Arbeitskampf?

Nachdem von IG Metall und IG Druck und Papier die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden als Schwerpunkt der Tariffbewegung 1987 festgelegt wurde, hat die IG Metall im Februar ihre lohnpolitischen Forderungen aufgestellt, die sich auf 5 Prozent Einkommensverbesserungen belaufen. Im öffentlichen Dienst werden von den Gewerkschaften 6 Prozent Einkommenserhöhungen gefordert, im Einzelhandel fordert die HBV 7 Prozent. Die Lohnforderungen der übrigen Gewerkschaften werden sich in einem ähnlichen Rahmen bewegen.

Die bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen sind damit um folgende Konfliktlinien gruppiert:

Erstens wird die Auseinandersetzung um das Volumen des Verteilungsrahmens für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen geführt werden. Die Vorgaben der Unternehmer, die diesen Verteilungsrahmen auf 2 bis 2,5 Prozent bemessen und Kosten einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden von 10 Prozent behaupten, deuten auf einen harten Konflikt hin. Die IG Metall begründet ihre Lohnforderung von 5 Prozent mit einem Produktivitätsanstieg von 3 Prozent und einer erwarteten Preissteigerung von 2 Prozent. Die Arbeitszeitverkürzung müsse aus der Umverteilung der vorhandenen Gewinne finanziert werden.

Zweitens wird es um den Zeitplan weiterer Arbeitszeitverkürzungen gehen. Sollten die Unternehmer zu einer Arbeitszeitverkürzung gezwungen werden können, werden sie für langfristige Stufenpläne eintreten, während die Gewerkschaften schnelle Schritte anstreben, um die beschäftigungspolitische Wirkung zu erhöhen.

Drittens wird dann die Verteilung und Gestaltung von Arbeitszeitverkürzungen, d. h. in erster Linie der Spielraum für Flexibilisierung, im Mittelpunkt stehen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Unternehmer insbesondere auf eine Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten drängen und längere Tagesarbeitszeiten sowie eine Sechstagesproduktion, d. h. Samstagsarbeit (zum Teil sogar Sonntagsproduktion), ermöglichen wollen. Allerdings ist schon im Vorfeld der Tarifrunde deutlich geworden, daß die Verteidigung eines arbeitsfreien Wochenendes für die Gewerkschaften eine außerordentlich mobilisierungsfähige Forderung darstellt. Auch wenn sich die Auseinandersetzung momen-

tan sehr stark auf diesen Punkt konzentriert, darf von den Gewerkschaften nicht übersehen werden, daß für die Unternehmer weitere Flexibilisierungsformen wie die Ausdehnung der Ausgleichszeiträume für unterschiedliche Arbeitszeitformen (über die zur Zeit möglichen zwei Monate hinaus) in Richtung einer faktischen Saisonarbeit sowie die Differenzierung von Arbeitszeiten nach einzelnen Beschäftigungsgruppen von hohem Interesse sind.

Während vor den Bundestagswahlen im Januar 1987 von Unternehmern und von der Bundesregierung zumeist optimistische Konjunkturprognosen gegeben wurden, werden seit dem Wahlausgang eher pessimistische Bewertungen veröffentlicht mit dem durchschnittlichen Ziel, die Massenstimmung gegen die Gewerkschaften zu beeinflussen. Da ein konjunktureller Abschwung tatsächlich bevorsteht (zu welchem exakten Zeitpunkt auch immer) und die Massenarbeitslosigkeit wieder ansteigt, werden die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften schwieriger.

Die Bestätigung der CDU/FDP-Regierung in den Bundestagswahlen wird trotz der empfindlichen Einbußen für die Unionsparteien und der darin sichtbaren Absage an einen außenpolitischen „Stahlhelm“-Kurs auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet die Unternehmerverbände ermuntern, eine radikalere Fortsetzung der Wendepolitik einzufordern.

Schon vor den Wahlen hatte der neue Präsident des BDI, Tyll Neker, eine offensive Strategie proklamiert, deren erste Aufgabe es sei, „die Arbeitsbeziehungen flexibler zu gestalten“ (3. 12. 86). Und Klaus Murmann, Präsident der BDA, forderte sogar eine Revision bisheriger Regelungen: „Auch eine längere als eine 40-Stunden-Woche muß wieder vorstellbar sein – da, wo Arbeitsplätze knapp sind.“ Einmal abgeschlossene Arbeitszeitregelungen sollten nach seiner Meinung „reversibel“ sein, d. h. auch wieder aufgehoben werden können (11. 12. 86 auf der Mitgliederversammlung der BDA).

Bei der Realisierung dieser Ziele werden die Unternehmerverbände auf die Unterstützung durch die Bundesregierung setzen können. Ein Einfluß etwa der von den Sozialausschüssen repräsentierten Kreise der CDU/CSU, der die auf Konfrontation drängenden Kräfte bremsen könnte, ist nicht erkennbar. Statt dessen sind eher scharfmacherische Ankündigungen vernehmbar: So droht der FDP-Wirtschaftsexperte Lambsdorff mit einer gesetzlichen Einschränkung des Streikrechts, falls die „Tarifparteien“ nicht freiwillig „Spielregeln des Arbeitskampfes“ vereinbaren (Handelsblatt v. 13./14. 2. 87).

Trotz der verschlechterten ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen läuft alles auf eine gesellschaftspolitische Machtprobe zwischen Kapitalverbänden, Wenderegierung und den Gewerkschaften hinaus. Die bisherigen Aktionen und Veranstaltungen der Gewerkschaften belegen eine hohe Identifikation der aktiven Mitglieder mit den Arbeitszeitforderungen. Seit März 1987 finden in der Metallindustrie sich steigende Wellen von Warnstreiks und Kundgebungen statt. Durch die Bildung von betrieblichen Aktionsausschüssen und örtlichen Solidaritätskomitees werden organisatorische und politische Voraussetzungen geschaffen, um eine breite Solidaritätsbewegung gegen die im Falle eines Streiks zu erwartenden „kalten“ und „heißen“ Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer entwickeln zu können.

3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Jahresdurchschnitt 1986 um rund 260000 zugenommen, die Zahl der abhängig Beschäftigten um etwa 245000. Die Zunahme war damit deutlich schwächer als vorhergesagt. Zudem ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Beschäftigungsexpansion auf Teilzeitarbeit entfällt. Saisonbereinigt hat sich der Anstieg zuletzt deutlich verlangsamt.

Für die Arbeitslosigkeit hat dies nur wenig Entlastung bedeutet. Zwar ist die registrierte Arbeitslosigkeit erstmals seit 1979 unter den Vorjahresstand gesunken, dies ist aber zu einem erheblichen Teil statistisch bedingt. Der Rückgang um 76000 Betroffene reduziert sich um 30000, wenn man die statistische „Bereinigung“ um ältere Arbeitslose (§ 105c AFG) berücksichtigt. Durch die Ausdehnung der beruflichen Förderungsmaßnahmen wurde die Statistik um zusätzlich 29000 Personen entlastet, durch mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um etwa 15000.

Beschäftigung¹

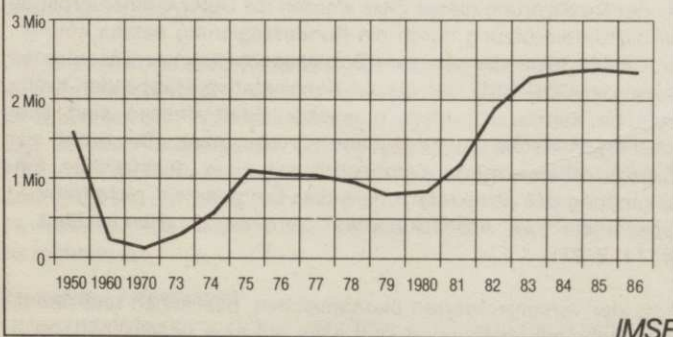
	1985				1986			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Land- u. Forstwirtschaft	251	251	254	251	249	249	248	-
Produzierendes Gewerbe	9632	9635	9678	9703	9732	9759	9791	-
darunter: Verarb. Gewerbe	7862	7897	7948	7980	8016	8060	8098	-
Handel und Verkehr	4340	4331	4325	4324	4322	4323	4329	-
Dienstleistungen	7945	7987	8024	8060	8090	8131	8178	-
Beschäftigte insges.	22 167	22 204	22 281	22 337	22 393	22 462	22 546	22 560

¹ Abhängig Beschäftigte, saisonbereinigte Ziffern, in 1000
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 3/1987)

Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik¹

1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258	2266	2304	2228

¹ Registrierte Arbeitslose, in 1000
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Arbeitslosigkeit in der BRD

Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte nur durch die Arbeitszeitverkürzung verhindert werden. Die tägliche tarifliche Arbeitszeit dürfte 1987 im Durchschnitt aller Abhängigen 0,2 Arbeitsstunden niedriger sein als 1984. Bei 220 Arbeitstagen errechnet sich eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von 24 Stunden im Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten, entsprechend einer Jahresarbeitsleistung von gut 500 Millionen Arbeitsstunden. Dies kommt einer jährlichen Beschäftigung von zusätzlich etwa 300 000 Arbeitern und Angestellten gleich. Oder: Bei einer unveränderten tariflichen Arbeitszeit wären 1987 rund 300 000 Beschäftigte weniger nötig gewesen als tatsächlich erforderlich.

Durchschnittliche Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten in Stunden

	Tarifliche Arbeitszeit		Tatsächliche Arbeitszeit	
	Wöchentlich	Jährlich	Jährlich ¹	darunter: Mehrarbeitszeit
1970	41,46	1898	1885	157
1980	40,13	1789	1688	80
1981	40,10	1780	1672	75
1982	40,03	1780	1678	66
1983	40,01	1772	1671	64
1984	39,99	1761	1663	66
1985	39,76	1735	1641	68
1986	39,52	1726	1632	68
1987 ²	39,32	1710	1624	68

¹ Im Vergleich zur tariflichen Arbeitszeit sind einerseits die Mehrarbeitsstunden hinzuzurechnen, andererseits Ausfälle durch Krankheit, Kurzarbeit und Ausdehnung der Teilzeitarbeit abzuziehen

² Prognose des Instituts für Arbeitsrecht- und Berufsforschung (IAB)
(Quelle: IAB-Mitteilungen, 3/1986, S. 380; eigene Berechnungen)

Nach allen Daten zeigt sich, daß die Arbeitszeitverkürzung den erwünschten Beschäftigungseffekt hatte. Sie ist voll auf die tatsächliche Arbeitszeit durchgeschlagen, die Zahl der Mehrarbeitsstunden hat nicht nennenswert zugenommen.

Arbeitsproduktivität¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²	1987 ²
Je Erwerbstätigen	+0,3	+0,9	+1,1	+2,7	+2,7	+1,8	+1,9	+2,2
Je Erwerbstätigenstunde	+1,1	+1,9	+0,7	+3,0	+3,1	+3,1	+2,5	+2,7
Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts	+1,4	+0,2	-0,6	+1,2	+2,8	+2,5	+3,0	+3,0

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

² Schätzung bzw. Prognose des IAB. Sie stammt noch aus Mitte 1986, ist also überholt
(Quelle: IAB-Mitteilungen, 3/1986, S. 379)

Die obenstehende Tabelle macht weiterhin deutlich, daß die Arbeitszeitverkürzung auch nicht zu einer wesentlichen Intensivierung der Arbeit oder zu verstärkter Rationalisierung geführt hat. Dies hätte sich in einer Beschleunigung im Anstieg der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde ausdrücken müssen – was offensichtlich aber nicht geschehen ist. Die Produktivitätsentwicklung hat sich nach den drei Krisenjahren 1980 bis 1982 (Wachstum und Arbeitsproduktivität hängen kurzfristig stark zusammen) auf einen „Trend“ von drei Prozent je Erwerbstätigenstunde erhöht, der sich ab 1985 (als die Arbeitszeitverkürzungen wirksam wurden) auch nicht beschleunigt hat. Dagegen ist die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen ab 1985 deutlich langsamer gestiegen als in den Aufschwungjahren davor. Genau dies wird mit der Arbeitszeitverkürzung angestrebt.

Obwohl die Konjunktur sich bislang lediglich verlangsamt hat, also noch keine neue Krise ausgebrochen ist, deuten Frühindikatoren am Arbeitsmarkt schon jetzt wieder auf eine erneute Verschlechterung hin.

Arbeitsmarkt 1986/1987

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Oktober	2026	- 123	235	+ 108	155	+ 43
November	2068	- 143	205	+ 45	145	+ 35
Dezember	2218	- 129	247	+ 63	141	+ 31
Januar	2497	- 93	428	+ 165	150	+ 28

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die Kurzarbeit hat kräftig zugenommen, die Entwicklung der offenen Stellen zeigt nach unten. Im Dezember und im Januar hat die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen wieder zugenommen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, prägte bei der Vorlage der sehr ungünstigen Januarzahlen den kabalettischen Satz: „Der Anstieg der Arbeitslosigkeit spiegelt die Verlangsamung der Verbesserung der Konjunktur wider“ (vgl. Die Zeit v. 13. 2. 1987).

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshauss.
Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco, 1.5 von Paul Ulrich, 2.1, 2.2 und 3.3 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 2. 1987. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.